

Klimawandel und friedenspolitische Diskurse

Karl-Heinz Peil

Der relative Kampagnenerfolg von »Fridays for Future« (FfF) hat auch eine große Resonanz in der Friedensbewegung gefunden und zu vielen Diskussionen darüber, wie Umwelt- und Friedensbewegung zusammenwirken können. Inhaltlich wird in zahlreichen Publikationen die Thematik »Klimakiller Rüstung, Krieg und Militär« in allen Aspekten behandelt, wie z. B. in dem Beitrag von Walter Listl in den MB 1_2020¹. Vereinfachend lässt sich sagen: Der Klimawandel ist nur die Spitze des Eisberges einer umfassenden, globalen Umweltkrise, die durch massiven Raubbau und der Verschwendung natürlicher Ressourcen entstanden ist. Der daraus sich ergebende Handlungsbedarf führt zwangsläufig zur Infragestellung des Kapitalismus als eigentlichen Urheber. Leider ist die publizierte thematische Bandbreite nur teilweise im friedenspolitischen Diskurs angekommen, was sich in der Verkürzung auf die CO₂-Emissionen zeigt. Da dieses auch vom publizistischen Mainstream bedient wird, gibt es auch im aufgeklärten linken Spektrum einzelne Stimmen, die sich als »Klimaskeptiker« betätigen und naturwissenschaftliche Erkenntnisse infrage stellen.

CO₂-Fixierung?

Kritikwürdig ist der Umgang mit den CO₂-Emissionen durchaus, wenn dieser nicht als Einstieg für eine Politisierung dient, sondern inhaltlich verengend eine gegenläu-

1 Siehe auch die Broschüre der Linksfraction im Bundestag: Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima – Für Nachhaltigkeit statt Militarisierung, abrufbar unter: <https://www.linksfraktion.de/publikationen/>

fige Funktion bedient. Dass sich die FFF-Bewegung zunächst nur mit der drohenden Klimakatastrophe als Kristallisationspunkt entwickelt hat und die atomare Menschheitsbedrohung bzw. die Rolle des Militärs dort noch nicht angekommen ist, kann man nicht als Vorwurf erheben, sondern muss darin eine Bildungsaufgabe sehen. Anders zu bewerten ist es hingegen, wenn – wie kürzlich geschehen – bei der argumentativen Zusammenstellung gegen das Großmanöver Defender 2020 die hierbei verursachten CO₂-Emissionen in eine Reihe gestellt werden mit dem eigentlichen Kritikpunkt, nämlich der NATO-Konfrontation gegenüber Russland.

Zunächst sollte bei dem wissenschaftlich nicht in Abrede zu stellenden »menschengemachten Klimawandel« auf den doppelten Euphemismus des Begriffes hingewiesen werden. »Klimawandel« klingt neutral im Sinne von notwendigen Anpassungen. Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts sprach man aber stattdessen korrekt von dem Treibhauseffekt bzw. der globalen Erwärmung. »Menschengemacht« ist zwar naturwissenschaftlich richtig in Bezug auf das Anthropozän als neues Erdzeitalter, erlaubt aber unpolitische Sichtweisen, statt den Kapitalismus als Verursacher zu benennen. Der Treibhauseffekt hat sich historisch mit der kapitalistischen Entwicklung ergeben und in den letzten Jahrzehnten der neoliberalen Globalisierung noch beschleunigt, trotz der nunmehr vorhandenen Wahrnehmung mit teils verbalen und teils tatsächlichen Anstrengungen.

Doch was ist eine Tonne CO₂ überhaupt im Sinne eines praktischen Verständnisses? Deutschland verursacht jährlich mehr als 900 Mio. t CO₂-Emissionen, wovon die Bundeswehr auch unter Berücksichtigung von international nicht berichtspflichtigen Anteilen – vor allem der Auslandseinsätze – deutlich unter 2 Mio. t CO₂-Emissionen bleiben dürfte. Umgerechnet ergeben

die gesamten Emissionen einen Wert von 11 t CO₂ pro Einwohner. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht jede Tonne CO₂ Umweltschäden von 180 EUR als gesellschaftliche Kosten. Pro Kopf der Bevölkerung werden damit jährlich in Deutschland ca. 2000 EUR Umweltkosten durch CO₂-Emissionen verursacht. Zum Vergleich: Die 2020 eingeplanten 50 Mrd. Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien verursachen pro Kopf ca. 600 EUR Kosten. Während man aber in letzterem Fall nie auf die Idee käme, eine Einzelperson als Verursacher dieser gesellschaftlichen Kosten darzustellen, erfolgt dieses bei den CO₂-Emissionen, indem die 11 t CO₂ pro Einwohner häufig als persönlicher CO₂-Fußabdruck dargestellt werden. Dieses fördert individuelle Sichtweisen im Klimaschutz: »Wie kann ich meinen persönlichen CO₂-Fußabdruck reduzieren?« Als Einstieg für eine Politisierung kann dieses zwar prinzipiell auch nützlich sein, ist jedoch kontraproduktiv bei einer politischen Herangehensweise. Es ist deshalb argumentativ auch wenig relevant, dass z. B. ein Kampfpanzer auf der Straße 250 l und im Gelände 500 l Kraftstoff auf 100 km verbraucht, auch wenn diese Werte im Vergleich zum Pkw-Verbrauch von bestenfalls 5 l auf 100 km sehr anschaulich sind. Was dieses im Manöver an Kraftstoffverbrauch und entsprechenden CO₂-Emissionen verursacht, taugt nur als Fußnote, wenn man die jährlich im inflationären zivilen Verkehrswesen Deutschlands entstehenden 160 Mio t CO₂-Emissionen betrachtet. Problematisch ist der CO₂-Fußabdruck als Pro-Kopf-Wert auch im Ländervergleich, wenn damit aufgezeigt wird, dass der globale Norden aufgrund seines Ressourcenverbrauchs eine »imperiale Lebensweise« bedient. Prinzipiell kann man das zwar so sehen, jedoch unterschlagen die statistischen Kennzahlen natürlich die drastischen sozialen Gegensätze innerhalb der Länder des globalen Nordens.

Energiewende als Friedensprojekt versus Stamokap

Das im Jahr 2000 verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) kam in einer denkwürdigen Konstellation der damaligen rot-grünen Bundesregierung zustande. Die Förderung erneuerbarer Energien wurde von den Grünen eingefordert, während SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement darauf bedacht war, die Interessen der Energiekonzerne nicht zu gefährden. Diese bestanden darin, Großkraftwerke am Laufen zu halten und keine Förderung für dezentrale, vor allem kommunale Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung zuzulassen. Was mit diesem Zugeständnis auch gelang, während in der Folgezeit andere Länder wie z. B. Dänemark erfolgreich diesen Weg gingen, um mit erdgasversorgten Kraftwerken Wärmeerzeugung für den Nahbereich kombiniert mit Stromerzeugung sehr effizient zu kombinieren. Auch aus diesem Grund ist heute in Deutschland der große Anteil von Kohle-Großkraftwerken noch das Hauptproblem beim Klimaschutz. Erneuerbare Energien hingegen wurden damals noch als Spielweise für Öko-Freaks abgetan, was sich aber als grundlegender Irrtum herausstellte. Dazu trug entscheidend bei, dass der mit finanziellen Anreizen erfolgende Boom von Wind- und Solarenergie sehr stark von Energiegossenschaften getragen wurden, weshalb auch der Begriff »Bürgerenergie« geprägt wurde. Sehr spät erkannten die deutschen Energiekonzerne, was sich hier – für sie existenzbedrohend – entwickelt hatte. Warum eine solche Entwicklung abgewürgt wurde, hat die Energieexpertin Claudia Kemfert bereits 2017 in ihrem Buch mit dem Titel »Das fossile Imperium schlägt zurück« umschrieben. Darin heißt es: »Alles schien auf einem guten Weg: Die Energiewende schafft Wohlstand, macht unabhängig von geopolitischen Konflikten, schützt das Klima und stärkt die Demokratie. Doch die ›alten‹ Energien und

die Klimaskeptiker gehen nicht kampfflos vom Platz. Sie nutzen keine Armee, sondern Propaganda und ›Fake News‹«.

Tatsächlich hat die Bundesregierung inzwischen die Energiewende (vorübergehend) abgewürgt. Mittlerweile übersteigt heute die vor allem in der Windenergiebranche bereits vernichtete Anzahl von Arbeitsplätzen bei weitem diejenigen, die noch in Deutschland für die Kohleverstromung vorhanden sind. Regionale Wertschöpfung durch mittelständische Firmen ist im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD politisch nicht förderungswürdig. Wirtschaftsminister Peter Altmaier fungiert hierbei als Sprachrohr der deutschen Industrie, indem er aktuell deren Wasserstoffstrategie propagiert, mit der die importierten fossilen Brennstoffe für Energieerzeugung und Verkehr durch CO₂-freien Wasserstoff ersetzt werden sollen. Um diesen in großen Mengen zu importieren, muss zuvor entsprechende Technologie in Deutschland entwickelt und exportiert werden. Diese traumtänzerische »Weiter so«-Strategie ist nicht nur alles andere als nachhaltig, sondern könnte nur mit einer weiteren Militarisierung funktionieren. Auf diese Konsequenz hat kürzlich BDI-Präsident Kempf am Rande der letzten Münchner Sicherheitskonferenz nochmals eindringlich hingewiesen (Handelsblatt vom 14.2.2020): Da 61 % der Industriearbeitsplätze vom Export abhängig seien, müsse die deutsche Exportwirtschaft durch militärische Aufrüstung geschützt werden, um damit Handelswege militärisch abzusichern.

Nur als kurze Ergänzung zum Stichwort Stamokap sei hier erwähnt, dass die Aufrüstung der Bundeswehr auch der Industrieförderung durch Großprojekte dient, wobei Rüstungsexporte fest einkalkuliert werden.

Fazit

Im Kontext von Klima- und Umweltkrise lassen sich folgende friedenspolitischen Forderungen stellen:

Erstens: Kollektives Sicherheitssystem durch Kooperation statt Konfrontation

Die globalen Herausforderungen verlangen eine umfassende Kooperation und keine Konfrontation, wie sie derzeit im Umgang mit Russland und China vorangetrieben wird. Geht es bei militärischer Aufrüstung und einem Großmanöver wie Defender 2020 gemäß Bundeswehr-Sprachregelung nur nebulös um eine »geänderte Sicherheitslage in Osteuropa«, so sind es umweltpolitisch immer reale Bedrohungen, die von Naturwissenschaftlern belegt bzw. mit nachvollziehbaren Modellrechnungen aufgezeigt werden. Auch die aktuelle Corona-Pandemie führt drastisch vor Augen, dass nur mit einer intensiven Zusammenarbeit aller Staaten die globalen Probleme gelöst werden können.

Zweitens:

Klimawandel als Konfliktursache angehen

Die Zielsetzungen von Bundeswehreinheiten im Ausland werden nur sehr schwammig definiert – wenn überhaupt. Immer noch ignoriert wird der Einfluss des Klimawandels als Katalysator bei ethnischen Konflikten und angeblicher Terrorbekämpfung. Was bereits 2007 von einer wissenschaftlichen Studie im Auftrag der Bundesregierung als Szenario entworfen haben, zeigt sich aktuell bereits bei dem Bundeswehreinheitseinsatz in Westafrika. Praktisch ist die Bundeswehr dort in einem Klimakrieg verwickelt. Doch statt dort Hilfestellung gegen den Klimawandel zu leisten, wird in der dortigen Konflikt-Gemengelage die weitere Militarisierung forciert².

Drittens:

Regierungshandeln für Nachhaltigkeit einfordern
Auch wenn der Begriff Nachhaltigkeit inflationär verwendet wird, so sollte dieser verstärkt in den politischen Diskurs eingebracht werden, da die 2015 von allen UN-Mitglieds-

staaten beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele eine Messlatte für regionales und globales Handeln darstellen. Dementsprechend gibt es auch eine deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mit dem erklärten Anspruch, Nachhaltigkeit in beispielgebenden Regierungshandeln umzusetzen. Allerdings ist die größte Institution des Bundes gemessen an Personalstärke (militärisch und zivil) die Bundeswehr, die auch 50% der Dienstleistungen von Bundesbehörden erbringt, gemäß der Funktionsgruppe »Allgemeine Dienste« im Bundeshaushalt. Damit kann man davon ausgehen, dass auch weit über 50% der CO₂-Emissionen durch Bundesinstitutionen von der Bundeswehr und deren Verwaltungsorganen verursacht werden.³

Viertens:

Zukunftsfähige Wirtschaftsbereiche fördern

Globale Nachhaltigkeit kann nur durch regionale Wertschöpfung bzw. dezentrale Wirtschaftskreisläufe erreicht werden. Dazu gehört, dass nicht mehr global agierende Großkonzerne bestimmend sind, sondern mittelständische Industrieunternehmen und Genossenschaften. Dieses bedeutet eine Abkehr von Großprojekten, die für Großkonzerne lukrativ sind, wie die Wasserstoffstrategie des Wirtschaftsministeriums und die »EU-Industrieförderung« des Verteidigungsministeriums. Beides bedeutet eine Abkehr von der Militarisierung, die für globale »Energiesicherheit« und gewaltsame Sicherung von Absatzmärkten erforderlich ist. Die aktuelle Corona-Pandemie erweist sich zudem gerade für Deutschland als Bruchlandung der exportorientierten Industriepolitik. ■

2 Siehe dazu auch: IMI-Analyse: Klimawandel und militärische Planungen: <http://www.imi-online.de/2020/01/29/klimawandel-und-militaerische-planungen/>

3 Näheres dazu unter: IMI-Studie: Nachhaltige Bundeswehr? <http://www.imi-online.de/2019/11/20/nachhaltige-bundeswehr/>